

FINANZDIENSTLEISTER

Swiss Life tilgt AWD

Der Name AWD ist in der Finanzwelt offenbar bald Geschichte. Der hannoversche Finanzdienstleister soll Ende November mit der Deutschland-Niederlassung seiner Schweizer Muttergesellschaft Swiss Life fusionieren und die Finanzprodukte künftig wohl unter der Bezeichnung „Swiss Life Best Select“ vertreiben. Nach Aussage von Insidern wird der Aufsichtsrat der Swiss Life noch in dieser Woche die Namenstilgung des 1988 von Carsten Maschmeyer übernommenen und 2008 an das Schweizer Unternehmen verkauften Strukturvertriebs beschließen. Hauptgrund für die Umfirmierung dürfte das nach wie vor schlechte Image des zweitgrößten deutschen Finanzdienstleisters sein. In den vergangenen zwei Jahren geriet das Unternehmen vor allem durch eine gewaltige Klagewelle frustrierter Kunden in die



Stadion in Hannover

Schlagzeilen. Darunter litt offenbar das Geschäft. Umsatz und Gewinn sanken zuletzt dramatisch. Der in Zürich ansässige Versicherungskonzern Swiss Life hofft nun, mit einem neuen Namen das alte Image abstreifen zu können. Interne Kritiker des Plans klagen, dass die Umbenennung zum falschen Zeitpunkt erfolge, weil noch Hunderte Schadensersatzklagen anhängig seien – und diese auch mit dem neuen Namen in Verbindung gebracht würden. In der Geschäfts-

führung der Swiss Life Deutschland sollen künftig drei Manager der Swiss Life und drei ehemalige AWDler sitzen. Darunter ist auch Götz Wenker, der jahrelang für den Einkauf von problematischen Finanzprodukten wie den Dreiländerfonds oder den umstrittenen Filmfonds verantwortlich war. Beim AWD heißt es, eine Umbenennung des Finanzdienstleisters sei „reine Spekulation“, die man nicht kommentieren wolle.

GESUNDHEIT

„Auf Verschwendung eingestellt“



Der sozialdemokratische Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach, 49, über die Reserven der Krankenkassen

SPIEGEL: Die Krankenkassen haben Überschüsse in Milliardenhöhe angehäuft; was soll mit dem Geld geschehen?
Lauterbach: Das Geld gehört den Versicherten. Sie müssen seit einiger Zeit viel zu viel bezahlen, weil die Regierung den Beitrag zu hoch gesetzt hat.
SPIEGEL: Soll die Regierung den Beitragssatz von derzeit 15,5 Prozent senken?
Lauterbach: Die Festlegung eines einheitlichen Beitragssatzes hat sich als Irrweg herausgestellt. Ich bin für mehr Wettbewerb. Jede Kasse sollte ihren Beitragssatz künftig wieder selbst festlegen. Das würde die Bürger entlasten.

SPIEGEL: Um welche Summen geht es?
Lauterbach: Der Sonderbeitrag, den die Versicherten derzeit ohne Arbeitgeberanteil allein bezahlen müssen, kann weg, ebenso die Praxisgebühr. Die meisten Kassen wären derzeit in der Lage, ihren Beitragssatz sogar um bis zu zwei Prozentpunkte zu senken. Insgesamt ergäbe das eine Entlastung von etwa 20 Milliarden Euro, davon 15 Milliarden für die Arbeitnehmer und 5 Milliarden für die Arbeitgeber.
SPIEGEL: Wäre es nicht klüger, die Krankenkassen legten ihre Überschüsse für schlechte Zeiten zurück?
Lauterbach: Gerade weil sich die Wirtschaftslage eintrübt, ist es falsch, 20 Milliarden Euro zu horten. In den Händen der Bürger würde das Geld die Konjunktur kräftig ankurbeln. Bei den Krankenkassen hingegen verliert es schleichend an Wert.
SPIEGEL: Einige Kassen haben immerhin angekündigt, ihren Mitgliedern einen Teil der Beiträge zurückzuerstatten.
Lauterbach: Das sind Ausnahmen. Die meisten Kassen geben das Geld lieber für Zusatzleistungen und verdeckte Werbemaßnahmen aus, um neue Mitglieder anzulocken. Das ganze System ist auf Verschwendung eingestellt – bezahlt von den Versicherten durch

einen künstlich überhöhten Einheitsbeitragssatz.
SPIEGEL: Die Große Koalition hat den Einheitsbeitragssatz doch erst in der vergangenen Legislaturperiode eingeführt. Haben Sie das schon vergessen?
Lauterbach: Sogar in der Politik muss es erlaubt sein dazuzulernen. Immerhin hatten wir den Satz damals nicht zu hoch angesetzt.

